

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und
zwar Dienstag, Donner-
stag und Sonnabend. In-
sertionspreis: die kleinste
Zeile 10 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 R. 20 Pf. (incl.
2 illustr. Beilagen) in der
Expedition, bei unsern Bo-
ten, sowie bei allen Reichs-
Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

43. Jahrgang.

N^o 24.

Dienstag, den 25. Februar

1896.

Bekanntmachung.

Auf Veranlassung der Königl. Kreishauptmannschaft Zwidau ist nach Gehör der Stadtverordneten der nachstehende Nachtrag zu dem Regulative für den Milchverlauf in Eibenstock vom 9. Februar 1894 aufgestellt worden.

Der Nachtrag tritt mit dem heutigen Tage in Kraft.

Eibenstock, den 20. Februar 1896.

Der Rath der Stadt.

Dr. Körner.

Unschlittel.

Nachtrag

zu dem Regulative für den Milchverlauf in Eibenstock vom 9. Februar 1894.

§ 4 erhält folgenden Zusatz:

Die mittelst Centrifuge abgerahmte Milch darf einen geringeren Fettgehalt als

1^o. haben, sofern sie dem Käufer als „Centrifugenmagermilch“ ausdrücklich bezeichnet und die betreffenden Gefäße mit diesem Vermerk versehen sind.

Eibenstock, den 28. Januar 1896.

Der Rath der Stadt.

(L. S.) Dr. Körner.

80,000 Mark Spartassen-Gelder

sind im Ganzen oder getheilt gegen vierprozentige Verzinsung hypothekarisch auszu-
leihen. Die Beleihung der Grundstücke erfolgt in der Regel bis zu $\frac{2}{3}$ der Brand-
kassse, außerdem werden für jede culturfähige Grundsteuereinheit bis zu 30 Mark ge-
währt. Besuche sind unter Beifügung von Brandkassenschein, Besitzstandsverzeichnis
und Folienabschrift anher einzureichen. Sogenannte ortsgerichtliche Taxen werden
hier nicht berücksichtigt.

Domagisch, am 29. Januar 1896.

Der Stadtrath.

Dr. Bent.

Reil.

Die Anerkennung des Koburgers.

Prinz Ferdinand hat seinen Erstgeborenen nach russisch-orthodoxem Ritus „umtaufen“ lassen und der „Beherrscher aller Gläubigen“ (d. h. aller an Mohammed Glaubenden), der Sultan, ist darüber so erfreut, daß er den Prinzen Ferdinand als Fürsten von Bulgarien anerkannt hat. Dabei hat er sich ohne jeden Zweifel zuvor der Zustimmung des Jaren verschert, mit dem der Großsultan jetzt auf dem besten Fuße steht.

Der Koburger brachte als brauchbare Eigenschaft für einen Fürstenthron nichts weiter mit, als seine fürstliche Abstammung und die Millionen seiner Mutter, die es sich ein Stück Geld kosten ließ, um ihren Sohn Karriere machen zu lassen. Im Wiener Café Ronacher wurde keine Fürstenschaft gemacht. Dann war er jahrelang die Drahtpuppe Stambulows, bis er diesen in nicht ganz einwandfreier Weise stürzte. Nach diesem Sturze hat es der Fürst für nützlich gehalten, fortwährende Verbeugungen vor Rußland zu machen und endlich hat er ein Opfer gebracht — ein „grauames“ nennt er es selbst, „das in der Geschichte völlig unerhört“ sei. Ehemals war er der Günstling des Habsburgischen Herrschers. Vielleicht geht es ihm, dem Koburger, jetzt so, wie es einem anderen Donaufürsten ging, da er die Treue gegen Oesterreich vergaß und sich dem Rußenthum in die Arme warf. Milan mußte seinen Gesinnungswechsel bald genug mit seiner Krone bezahlen.

Vom Gesichtspunkte des allgemeinen Friedens aus betrachtet, könnte man Genugthuung darüber empfinden, daß mit der formellen Anerkennung des Fürsten festere Verhältnisse in Bulgarien platzgreifen. Aber das ist eben nur scheinbar. Heute freilich triumphirt der Koburger in dem Jubel über Rußlands Gnade. Er tröstet sich über den Fluch des Occidents, da er die Gnade des Orients gefunden hat. Der Zar sandte zu der Umtaufe des kleinen Boris einen General nach Sofia. Vielleicht bleibt der General gleich dort, um die Statthaltertschaft zu übernehmen. Die russische Politik legt sich dort fort, wo sie vor einer Reihe von Jahren mit dem Hako des Generals Kaulbars aufgehört hat. Hiermit freilich nimmt die Angelegenheit eine größere Bedeutung an.

In Bulgarien bestand vor der Anerkennung noch ein Zustand, der dem Völkerrrecht widerstreitet. Nach dem Berliner Vertrage muß der Fürst von Bulgarien von der großen Sobranje gewählt, von der Türkei bestätigt und von allen Mächten, die den Berliner Vertrag unterzeichnet haben, anerkannt werden, sonst ist er nicht legitim. Hier freilich kommen jetzt Fragen zur Erörterung, die nicht so kurzer Hand gelöst werden können. Bulgarien ist heute etwas anderes als zur Zeit des Berliner Vertrages. Inzwischen hat die Revolution von Philippopol stattgefunden, die Ostrumelien mit Bulgarien vereinigte. Formell ist diese Vereinigung von den Mächten keineswegs anerkannt. Im Gegentheil, Rußland besonders hat, wiewohl es selbst diese Vereinigung schon im Vertrage von San Stefano forderte, sie entschieden bekämpft, freilich nur, weil der Vattenberger der russischen Diplomatie nicht mehr sympathisch war und weil der Staatsstreik ohne Mitwirkung der russischen Staatsmänner ausgeführt wurde. Man hat die Form gefunden, daß die Türkei den Fürsten von Bulgarien zum Generalgouverneur von Ostrumelien ernannte. Wenn jetzt die ausdrückliche Anerkennung des Fürsten von Bulgarien durch die Mächte erfolgte, so wird es sich kaum von der Hand weisen lassen, auch die ostrumelische Frage alsbald zum Austrag zu bringen.

Rußland würde damit seine Vorposten gegen die Türkei bis auf wenige Meilen von Konstantinopel verschieben. Denn nach dem Sinne der russischen Nachhaber soll Bulgarien ein Vorposten des Moskowitertums im Kampfe gegen die

Pforte sein. Daß aber Bulgarien diesen Zweck nicht erfülle, daß es vielmehr neutral bleibe, das ist das berechtigte Verlangen Oesterreich-Ungarns, und wenn Bulgarien diesem Verlangen nicht streng nachkommt, so wird der Koburger nur in ein ebenso übles Verhältnis zu Oesterreich gerathen, als es bisher zu Rußland bestand. Was übler ist, muß die Zukunft lehren.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die vielumstrittene Frage des Befähigungsnachweises ist am Donnerstag vor. Woche im preussischen Abgeordnetenhaus bei Gelegenheit des Etats des Handelsministers gestreift worden, ohne daß es jedoch gelungen wäre, vom letzteren eine Aeußerung darüber zu erlangen. Freilich weiß man auch ohne eine solche, daß der Standpunkt der preussischen Regierung wie auch der Mehrzahl der anderen verbündeten Regierungen ein strikte ablehnender ist und daß sich in dieser Beziehung neuerdings nichts geändert hat. Wenn aber überhaupt die Möglichkeit der praktischen Verwirklichung jener Forderung vorliegt — was aus nicht zu unterschätzenden Gründen bei den zusammengefügten Vertrieben bestritten wird —, so ist sie vor allem beim Bauhandwerk gegeben. Es dürfte daher, falls man nicht etwa aus prinzipiellen Rücksichten eine Zurückweisung dieses Gedankens für geboten hält, sich ein Versuch ihrer Erfüllung bei diesem Handwerk wohl empfehlen. Die Klagen über die Ueberfluthung des Bauhandwerks mit ungeeigneten Elementen sind sicherlich nicht bloße agitatorische Fiktionen, sondern hinreichend begründet. Es ist daher sowohl vom Standpunkte des Publikums als auch von dem des Standesgefühls der Handwerker und dem ihrer materiellen Wohlfahrt ein berechtigtes Bestreben, diese untauglichen Eindringlinge aus dem Metier zu entfernen, die den Wettbewerb erschweren und die Ehre des Handwerks in Verfall bringen, dazu aber auch sowohl das Leben der vielen Arbeiter und der in den Bauten später Unterfaulst findenden Bewohner einer schweren Gefahr aussetzen. — Mindestens sollte man regierungsfreilich jedoch soweit entgegenkommen, denen, die eine Meisterprüfung freiwillig ablegen wollen, dieselbe zu ermöglichen, und sie dann auf Grund der Prüfung durch die ausschließliche Befugnis zur Führung des Meister-Titels bevorzugen, den anderen aber dieses Privileg bei Strafe unbedingt verbieten. Für diese fakultative Einführung des Befähigungsnachweises im Bauhandwerk würde ohne Zweifel eine Mehrheit im Reichstage zu erzielen sein und es würde durch sie viel Mißbräugen aus der Welt geschafft werden können.

— Berlin, 21. Februar. Die Dachstuhlbrände in Moabit hören nicht auf, trotz der erhöhten Belohnung für die Ergreifung der Brandstifter und der Wachsamkeit der Bewohner. Heute Vormittag brannte wieder ein Dachstuhl in der Thurmstraße. Der Brand wurde innerhalb einer Stunde zum Verlöschen gebracht. Man nimmt auch in diesem Falle böswillige Brandstiftung an.

— Berlin, 22. Februar. Der Streik in der Konfektion dauert fort. Die gestern abgehaltenen 11 Versammlungen der Arbeitnehmer sind zum größten Theile anders ausgefallen, als die Fünferkommission wünschte, die überall für Beendigung des Streiks eintrat. Die Mehrzahl der Versammlungen hat, zum Theil einstimmig, die Fortsetzung des Streiks beschlossen. In einer der Versammlungen ist eine neue fünfjährige Lohnkommission gewählt worden, die die Leitung des Streiks von neuem übernehmen soll. Im Ködliner Hof gelang es Timm, dem Obmann der sog. Fünferkommission, die Annahme der Resolution, welche die Fortführung des Streiks aussprach, zu verhindern. Er hielt den Rednern, die „keinesfalls auf den schimpflichen Frieden“ eingehen wollten, entgegen, daß keine Mittel zum

Weiterstreiken vorhanden und die Mitglieder der Kommission an ihr Ehrenwort, den Streik sofort zu beendigen, gebunden seien. Das Fazit der gestrigen Versammlung ist, daß in vier Versammlungen der Streik als beendet erklärt wurde, während sieben Versammlungen für die Fortsetzung des Kampfes sich erklärten. Die Arbeiterinnen der Damenmäntelbranche sind fast durchweg gegen die Aufhebung des Streiks, da sie sich von den Friedensbedingungen keine Verbesserung ihrer Lage versprechen; sie verlangen feste Lohnsätze statt der Prozente und vermissen, daß die Fünferkommission die Unternehmer nicht verpflichtet habe, für einen späteren Termin Betriebswerkstätten einzurichten. Am Montag sollen wiederum Versammlungen aller Schneider und Schneiderinnen stattfinden. Die neugewählte Lohnkommission will sich von diesen Versammlungen Direktiven über die nun den Unternehmern gegenüber zu beobachtende Taktik geben lassen. Aus dem Besuch dieser Versammlungen wird man erkennen können, welchen Anhang die Bewegung für Fortsetzung des Streiks unter der Masse gefunden hat. Durch eine Umfrage, die verschiedene Konfektionsfirmen veranstaltet haben, ist festgestellt worden, daß bei den Zwischenmeistern ungefähr zur Hälfte die Arbeit wieder aufgenommen worden ist; verschiedene Meister mußten berichten, daß ihre Arbeiterinnen sich noch abwartend verhalten. Die Meister in der Damenkonfektion machen erhebliche Anstrengungen, um „Mamfells“ heranzuziehen.

— Die Reichstagskommission für das Margarinegesetz unternahm am Freitag die zweite Lesung der Vorlage. Es wurde beschlossen, die in erster Lesung beschlossene Färbung mit Phenolphthalein beizubehalten. Dagegen wurde das Verbot des Margarinekäse abgelehnt, also der frühere Beschluß aufgehoben. Aufgehoben wurde ferner die Bestimmung, daß nur Magermilch mit bestimmtem prozentualen Fettgehalt zu verwenden sei und dafür die Fassung beschlossen: „Zur Herstellung von Margarine darf nur Milch mit einem vom Bundesrath festzusetzenden Fettgehalt verwendet werden.“

— Rußland. Die Vorbereitungen für die Kaiserkrönung werden ungemein lebhaft betrieben. Bis jetzt sind hundert Fürstlichkeiten, theilweise mit großem Gefolge, angemeldet. Die europäischen Höfe werden nicht durch Herrscher, sondern durch Prinzen oder durch Abordnungen hochsiedender Generale und Staatsmänner vertreten. — In Petersburg Hoffreisen wird versichert, Fürst Ferdinand habe dem General Solentischew vor dessen Abreise aus Sofia seinen festen Entschluß mitgetheilt, selbst und zwar möglichst bald zur orthodoxen Kirche überzutreten zu wollen. — Damit würde der Draht nach dem Westen, soweit er die Familie mit dem Fürsten verbindet, allerdings vollständig zerschnitten werden.

— Südafrika. Ein Zusammenstoß zwischen Transvaal und England scheint unvermeidlich. Präsident Krüger wird nicht nach England gehen; die Stimmung der Boern läßt es nicht zu. Sie empfinden die Reise als eine Demüthigung ihres Landes und würden, falls Krüger reiste, sofort einen andern Präsidenten wählen. Herausfordernd von England ist es, daß Cecil Rhodes, der geistige Urheber des Jamesonschen Raubzuges, zum Verwaltungschef von Rhodesia ernannt wurde.

— Der Londoner Zeitung „Standard and Diggers news“ wird über das Unglück in Johannesburg gemeldet: 10 Tonnen mit Dynamit sind explodirt. Die 10 Wagen, welche das Dynamit enthielten, waren drei Tage hindurch der Sonne ausgesetzt; hierdurch wäre das Unglück verursacht worden. Mehr als 100 Menschen sind getödtet, mehrere hundert verletzt. Weiter wird gemeldet: Die Explosion verursachte eine 300 Fuß lange, 50 Fuß breite und 25 Fuß tiefe Höhlung. Die Zahl der Obdachlosen übersteigt 3000. Die Opfer sind meist Eingeborene und arme Holländer. Von 200 ins Hospital gebrachten Verwundeten sind bereits der vierte Theil gestorben.